

Bericht über die Sitzung 3/2019 des Hauptausschusses am 11. Dezember 2019 in Bonn

Die letzte Hauptausschusssitzung des Jahres 2019 fand unter Leitung von Dr. ALEXANDRA BLÄSCHE, Beauftragte der Länder, statt. Inhaltliche Schwerpunkte der Sitzung waren u. a. die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt 2019, die Frage der Integration geflüchteter Menschen im Rahmen der dualen Berufsausbildung sowie die Auswirkungen der BBiG-Novelle auf Empfehlungen des Hauptausschusses.

Aktuelle Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt 2019

Die Leiterin des Arbeitsbereichs »Berufsbildungsangebot und -nachfrage/ Bildungsbeteiligung«, BETTINA MILDE, stellte die zentralen Ergebnisse zum Ausbildungsstellenmarkt 2019 anhand des aktuellen Datenbestands ausführlich vor. Alle präsentierten Daten basieren auf der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum Stichtag 30. September sowie auf der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Insgesamt bezeichnete BETTINA MILDE die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt als »durchwachsen«. Im Vergleich zum Jahr 2018 wurden 6.300 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen – die Gesamtanzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge liege bei insgesamt 525.100. Auf der anderen Seite hätte sich eine Reihe von Indikatoren nicht weiter verschlechtert oder sogar leicht verbessert. Auch die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt seien leicht zurückgegangen. Die positiven Entwicklungen müssen aber im Zusammenhang mit einem Rückgang der Nachfrage gesehen werden. So sei

infolge der demografischen Entwicklung die Nachfrage der jungen Menschen nach einem Ausbildungsplatz mit 598.800 zum ersten Mal unter den Wert von 600.000 gefallen. Mit Blick auf die zukünftige Fachkräftesicherung bestehe daher eine zentrale Aufgabe nach wie vor darin, die (wahrgenommene) Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu steigern und die Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt weiter zu reduzieren.

Integration von geflüchteten Menschen

In der Sitzung wurde den Themen Flucht und Migration u. a. durch die nachstehenden Präsentationen ein besonderer Sitzungsschwerpunkt gewidmet.

Landesprogramm »Arbeit für Thüringen«: UDO PHILIPPUS und ANNIKA SCHUMANN vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie berichteten zum Landesprogramm »Arbeit für Thüringen«. Ziel des Landesprogramms als »wichtigem Kernelement der Arbeitsmarktpolitik in Thüringen« sei die verbesserte Integration von benachteiligten Zielgruppen, zu denen insbesondere auch geflüchtete Menschen beziehungsweise Migrantinnen und Migranten zählten. Die Richtlinie wird seit 2015 umgesetzt. Bislang wurde ein Fördervolumen von 27,2 Millionen Euro verausgabt und

gebunden. Die Vortragenden machten deutlich, dass insbesondere eine möglichst engmaschige Begleitung vonnöten sei, um den Menschen und ihren je unterschiedlichen persönlichen, fachlichen und aufenthaltsrechtlichen Situationen gerecht werden zu können. Im Rahmen des Vortrags wurden die möglichen Wege in Arbeit und Ausbildung, Gelingensbedingungen und Eckdaten des Landesprogramms sowie eine Übersicht über einzelne Projekte skizziert. Insgesamt könne ein positives Fazit gezogen werden, von denen die vielen individuellen Erfolgsgeschichten, die das Landesprogramm ermöglicht habe, beredtes Zeugnis geben.

BA/BIBB-Fluchtmigrationsstudie: Dr. VERENA EBERHARD (BIBB) berichtete über die Integration von Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern mit Fluchthintergrund in die Berufsausbildung. Datengrundlage ist die BA/BIBB-Fluchtmigrationsstudie 2018. Mit der Befragung wird das Ziel verfolgt, Informationen zur Situation von geflüchteten Bewerberinnen und Bewerbern am Übergang in Ausbildung zu generieren. Die Studie erhebt u. a., ob es den Bewerberinnen und Bewerbern gelungen ist, eine betriebliche Ausbildungsstelle zu finden, welche Berufswünsche sie hatten, welche Bewerbungsaktivitäten sie unternommen haben und in welchen Bereichen sie mehr Unterstützung benötigt hätten.

Dr. EBERHARD erklärte, welche Faktoren (z. B. Ausbildungsmarktlage, Aktivitäten und Unterstützung im Zuge der Ausbildungsstellensuche) die Chancen von Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern mit Fluchthintergrund auf eine betriebliche Ausbildungsstelle erhöhen.

BBiG-Novelle: Anpassung der Empfehlungen des Hauptausschusses

Die BBiG-Novelle tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft. Das Gesetz enthält eine Vielzahl an Neuerungen – z. B. für den Prüfungsbereich, die Regelungen zur höherqualifizierenden Berufsbildung oder zur Teilzeitberufsausbildung. Entsprechend hat sich der Hauptausschuss mit Fragen der Umsetzung des neuen BBiG beschäftigt und insbesondere über die Frage beraten, welche bestehenden Empfehlungen des Hauptausschusses an die novellierten Inhalte des BBiG anzupassen sind. Die anstehenden Arbeiten sollen frühzeitig im Jahr 2020 angegangen werden, um möglichst

rasch eine einheitliche Anwendung des BBiG zu ermöglichen.

Weitere Themen und Beschlüsse

Ausbildungsordnungen: Der Hauptausschuss hat die folgenden Ausbildungsordnungen beschlossen: Kaufmann/-frau für Groß- und Außenhandelsmanagement, Mediengestalter/-in Bild und Ton, Hauswirtschaftler/-in, Bankkaufmann/-frau, IT-Berufe (Kaufmann/-frau für IT-System-Management, Fachinformatiker/-in, IT-System-Elektroniker/-in, Kaufmann/-frau für Digitalisierungsmanagement).

Fortbildungsordnungen: Der Hauptausschuss hat – bereits im schriftlichen Umlaufverfahren im Oktober – dem Entwurf der sechsten Verordnung zur Änderung von Fortbildungsprüfungsverordnungen zugestimmt.

Jährliches Forschungsprogramm 2020: Der Hauptausschuss hat dem Jährlichen Forschungsprogramm 2020 zugestimmt. Das Jahresforschungsprogramm des BIBB ist erstmalig voll-

ständig nach Themenclustern gegliedert.

Bericht aus einem BIBB-Forschungsprojekt: Dr. CHRISTIANE EBERHARDT (BIBB) berichtete über die wichtigsten Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt »Modelle und Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen und Kompetenzen« (MoVA).

Arbeitsgruppe »Modernisierung der Standardberufsbildpositionen«: Die Arbeitsgruppe des Hauptausschusses informierte über das Ziel, Standardberufsbildpositionen, die integrative und während der gesamten Ausbildungsdauer zu vermittelnde und für alle Berufsbilder gültige Mindeststandards enthalten, zu entwickeln. Die Arbeiten sind mittlerweile nahezu abgeschlossen. Die Standardberufsbildpositionen sollen für alle Verordnungen gelten, die zum 1. August 2021 in Kraft treten.

Arbeitsgruppe »Durchlässigkeit«: Die Arbeitsgruppe des Hauptausschusses informierte über das Ziel, eine Empfehlung auf der Grundlage der bereits bestehenden Hauptausschussempfehlung 139 »zur Förderung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung« zu entwickeln.

Haushalt des BIBB: Der Hauptausschuss stimmte zum Abschluss seiner Dezembersitzung dem BIBB-Haushaltsplan 2020 und dem Finanzplan 2019–2023 zu. Ebenfalls stimmte der Hauptausschuss der Entlastung des Präsidenten für das Haushaltsjahr 2017 zu.

Wahl Vorsitz und stellvertretender Vorsitz: Für das Jahr 2020 wurde als Vorsitzender Dr. HANS-JÜRGEN METTERNICH, Beauftragter der Arbeitgeber, und als stellvertretende Vorsitzende ELKE HANNACK, Beauftragte der Arbeitnehmer, einstimmig gewählt. ◀



Ergänzende Materialien

- **Ausbildungsstellenmarkt 2019:** Weitere Informationen, Statistiken, Tabellen, Grafiken und Regionalkarten unter: www.bibb.de/naa309-2019 (Stand: 19.12.2019)
- **Landesprogramm »Arbeit für Thüringen«:** Broschüre des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie »Thüringer Erfolgswege. Gelungene Integration von Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung« zum Download unter: www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1784.pdf (Stand: 19.12.2019)
- **BA/BIBB-Fluchtmigrationsstudie:** Weitere Informationen und Zahlen unter: www.bibb.de/de/92584.php (Stand: 19.12.2019)